

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 6 Pfg. Kleinanzeigen 25 Pfg. Für auswärtige und amtliche Anzeigen 10 Pfg. — Kleinanzeigen 20 Pfg. — Beilagen pro Exemplar 20 Mark. Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturs ist jeder Rabatt hinfällig. — Platzvorschriften unverbindlich.

Brühler Volksblatt. Brühler Tageblatt. Brühler Volkszeitung
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — Fernsprecher 108

Bezugspreis. Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.60 Mk. im Voraus zahlbar. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt, oder Ausstände rechtfertigen keine Ersatzansprüche.

Nr. 54.

Donnerstag, 6. März 1930.

33. Jahrgang.

Vertrauen zu Lardieu

Paris, 6. März. Die Regierungserklärung Lardieus, die von der Kammer und dem Senate am Mittwoch entgegengenommen wurde, begann mit der Feststellung, daß die Regierung an das im ersten Kabinett Lardieu begonnene und durch die Regierungskrise unterbrochene Werk unter Berücksichtigung der durch den Gang der Ereignisse notwendigen Änderungen anzuknüpfen beabsichtige. Auf dem Gebiete der allgemeinen Politik mache die Regierung folgende Vorschläge: Verabschiedung des Budgets, Fortführung und Beendigung der großen internationalen Verhandlungen betreffend die Seeabstrüpfungskonferenz, die Intraffizierung des Youngplans, den Zollschutz u. die Ratifizierung der Schiedsgerichtsabkommen. Im Anschluß daran solle die Finanz- und Steuerreform in Angriff genommen werden; ferner die Sozialversicherungsgebarung verabschiedet und ihre Intraffizierung am 1. Juli erfolgen. Die Kammer hat mit 316 gegen 263 Stimmen dem Kabinett Lardieu das Vertrauen ausgesprochen.

Fortsetzung der Saarverhandlungen

Paris, 5. März. Nach Meldungen der französischen Presse hat der französische Ministerpräsident Lardieu die Saarverhandlungen mit der deutschen Delegation fortzusetzen.

Die Zollwaffenstillstandskonferenz in der Saargasse

Mit. Genf, 6. März. Bereits seit einigen Tagen liegt das Hauptinteresse der Zollwaffenstillstandskonferenz bei den offiziellen Besprechungen zwischen den Delegationsführern. Da eine endgültige Stellungnahme Frankreichs immer noch aussteht, haben diese Verhandlungen bisher noch zu keinem Ergebnis geführt, jedoch auch der Gang der Arbeiten der Ausschüsse, die jetzt vor der entscheidenden Phase stehen, beeinträchtigt zu werden beginnt. Graf Nolte, der Präsident der Konferenz, beabsichtigt daher, die Konferenz am Samstag zu einer Vollversammlung zwecks Entgegennahme der französischen Erklärung und weiterer Stellungnahme der Delegationen einzuberufen.

Die Besprechung über die Belange der Landwirtschaft

Mit. Berlin, 6. März. Am gestrigen Tage wurde in Fortsetzung der Besprechungen, die vor einiger Zeit zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einerseits und der „Grünen Front“ andererseits stattfanden, im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausführlich über die Lage verhandelt, die durch den starken Preissturz für zahlreiche landwirtschaftliche Produkte am Weltmarkt eingetreten ist. Nach wie vor bildet das Roggenproblem die Hauptfrage. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, wie dieses Problem durch Befreiung aller derjenigen Momente, welche den Roggenpreis ungünstig beeinflussen, gelöst werden könnte. Im übrigen wurde die immer noch wachsende Notlage der landwirtschaftlichen Produktion in ihrem ganzen Umfang erörtert und eine Reihe von positiven Vorschlägen soll als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dienen, die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nachdrücklich gefördert werden. Man will alle Maßnahmen, die den Handel ausschalten, dabei vermeiden.

Grünner droht Braun

Mit. Berlin, 5. März. Der Senatspräsident beim Oberverwaltungsgericht, Grünner, dessen Angriff den Rücktritt des preußischen Innenministers Grezesinski zur Folge hatten, richtete diese Angriffe nunmehr auch gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun. Er erklärt, Braun hätte den Brief, den er, Grünner, Anfang Februar an Braun geschrieben habe, nicht dem Gesandten Drexler vom Oberverwaltungsgericht zeigen dürfen. Braun hatte nämlich sich wegen des Briefes Grünners über Grezesinski an Drexler gewandt und ihn gebeten, Grünner zu eröffnen, daß er, der Ministerpräsident, nicht daran denke, auf einen solchen Schmähbrief zu antworten. Grünner sieht in der Maßnahme einen Eingriff in seine richterliche Unabhängigkeit und seine disziplinarische Unantastbarkeit. Wegen der Drohung Grünners, daß wegen dieser Handlungsweise Braun wahrscheinlich das gleiche Schicksal erleiden werde wie der Innenminister Grezesinski, soll Grünner amtlich vernommen werden.

Die Entscheidung des Kabinetts gefallen

Mit. Berlin, 5. März. Die letzten 24 Stunden sind von der Reichsregierung dazu benutzt worden, mit äußerster Anstrengung nachzuholen, was seit langem verfaumt oder mißglaublich war. Nachdem am Dienstag der demokratische Vermittlungsvorschlag eines einmaligen Zuschlages zur Einkommensteuer bei der Besprechung im volksparteilichen Fraktionsvorstande keine Annahme gefunden hatte, konnte eine Einigung, wenn überhaupt, dann nur auf dem Wege gesucht werden, der sich zwischen der volksparteilichen Ablehnung der Erhöhung einer Besitzsteuer und der sozialdemokratischen Forderung einer Besitzbelastung bewegte. Dieses Kunststück ist geglückt, soweit das Kabinett in Frage kommt; das Wort haben nun wieder die Parteien, von denen aber wohl keine jetzt die Verantwortung für das Scheitern der Verständigung auf sich nehmen dürfte.

Die etwa noch vorhandene Gefahr droht auch nicht von einer einzelnen Partei; sie wäre nur dann ernst zu nehmen, wenn mehrere der Parteien, gleichzeitig auf das Scheitern hinarbeiten würde. Nachdem sich das Kabinett aber geeinigt hat, ist diese Gefahr gering geworden. Da die Fraktionen der Koalition ihre Entscheidungen teilweise Donnerstagvormittag treffen, wird eine formelle Entscheidung aller Parteien am Donnerstagmittag vorliegen. Dann tritt

sofort der Reichstag zur zweiten Beratung der Younggeetze zusammen. Wenn das Zentrum durch die am Mittwochmittag erreichte Einigung im Kabinett seine Forderung auf vorherige Verständigung über die Finanzfrage als erfüllt ansieht, entfällt auch jeder Grund für eine hinauschiebung dieser zweiten Beratung.

Das Kernstück der Kompromißlösung läuft darauf hinaus, daß die Kredite für die Arbeitslosenversicherung durch eine Erhöhung der Beiträge um 1/4 Prozent und durch 50 Millionen aus dem Reservefonds der Bank für die Industrieobligationen aufgebracht werden sollen. Sollte die Reichsanstalt nicht von sich aus die Beitragserhöhung beschließen, dann soll die Regierung durch eine entsprechende Gesetzesänderung bevollmächtigt sein, die Beitragserhöhung anzubereitern. An der Heranziehung der Angehörigen- und Invalidenversicherung durch Verwirklichung von 150 Millionen Eisenbahnvorschußaktien ändert sich nichts. Die für 1931 vorgesehene Steuerentlastung soll dadurch festgelegt werden, daß schon jetzt verbindlich erklärt wird, daß der Etat für 1931 auf der Ausgabe-seite nicht höher sein darf als der Etat für 1930; dadurch ergeben sich von vornherein Ersparnisse von mindestens 450 Millionen, die zur Senkung direkter Steuern verwendet werden sollen. Der Gedanke des Notopfers spielt keine Rolle mehr.

Preussische Justizfragen

Saltlose Behauptungen zu der Personalpolitik. Der Justizminister weist volksparteiliche Angriffe gegen die katholischen Studentenverbände zurück.

Aus dem Preussischen Landtag wird uns geschrieben: In der Sitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtags am Montag faßte sich der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Eichhoff bemüht, in unangebrachter Weise Klagen über eine angebliche Imparität auf dem Gebiete der Stellenbesetzung im Preussischen Justizministerium zu erheben. Er machte dabei dem Justizminister den Vorwurf, daß er in seiner Personalpolitik nach konfessionellen und politischen Gesichtspunkten entscheide. In Westfalen seien zwei evangelische Landgerichtspräsidenten nicht ernannt worden, sondern durch Hinzuziehung eines Katholiken sei jetzt das Verhältnis 7:1. Bei der Besetzung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main habe man auf die überwiegend evangelische Zusammenfassung des Bezirks keine Rücksicht genommen. Man wolle dadurch wohl katholische Stellen schaffen. Auch die Verdrängung bei der Stellenbesetzung durch Herren aus dem Ministerium sei zu beklagen. Nicht mit Unrecht spreche man von Parteipolitik. Er habe schon im Vorjahr auf den Einfluß von Altherrenschaften hingewiesen und wolle dieses Mal deutlicher werden, und die katholischen farben- und nichtfarbentragenden Verbindungen C.V. und K.V. nennen, von denen es im „Dortmunder Generalanzeiger“ in einer angeblichen Zuschrift aus republikanischen Kreisen heiße, die ganze Justizverwaltung sei nur ein einziger C.V.-Klingel. Auch die „Schöne Zeitung“ habe über die Klementenpatronage der katholischen Verbände geklagt. Der Minister habe darauf nicht eingegangen, weshalb er die Angelegenheit noch einmal vorbringe, damit jetzt eine Antwort erfolgen könne.

Es war selbstverständlich, daß der Preussische Justizminister Dr. Schmitt diese ausgerechnet von volksparteilicher Seite gegen die Personalpolitik der Preussischen Justizverwaltung gerichteten Angriffe nicht unwiderprochen lassen durfte. Er führte in der Diskussion gegenüber diesen Angriffen u. a. folgendes aus:

Die Warnung der Parität erfolge nach den bereits im vorigen Jahre erörterten Grundsätzen, nicht schematisch, sondern unter Voranstellung der dienstlichen Qualifikation und unter Würdigung von Fall zu Fall. Wenn der Abgeordnete Eichhoff darauf hingewiesen habe, daß in der Provinz Westfalen nur ein evangelischer Landgerichtspräsident vorhanden sei, dagegen sieben katholische, so sei zu bemerken, daß der neuernannte Landgerichtspräsident in Dortmund altkatholisch sei und daher nicht den Katholiken angerechnet werden könnte und daß dieser Herr, der von Lüneburg gekommen sei, in Lüneburg durch einen evangelischen Landgerichtspräsidenten ersetzt worden sei und zwar durch einen Parteifreund des Abgeordneten Eichhoff. Was die Besetzung der Oberlandesgerichtspräsidentenstelle in Frankfurt am Main betreffe, so sei der Abgeordnete Eichhoff offenbar von falschen Zahlen über die konfessionelle Zusammenfassung des Bezirks ausgegangen und

habe den Anteil der Katholiken viel zu niedrig angegeben. Unter 13 Oberlandesgerichtspräsidenten seien vier Katholiken, was jedenfalls nicht zuviel sei. Es habe bei Freiwerden der bisher katholisch besetzten Stelle in Frankfurt a. M. bei dem Minister kein Zweifel bestanden, daß diese Stelle wieder katholisch zu besetzen sei, zumal sämtliche anderen Spitzenstellen in der Justiz in Frankfurt a. M. evangelisch besetzt seien. Er habe sie dann mit einem der besten Männer des Ministeriums besetzt, zu dem er volles Vertrauen habe, daß er den Posten aufs beste ausfüllen und in allerbestem Einvernehmen mit den Andersgläubigen seinen Dienst verrichten werde. Das gleiche gelte von der Besetzung der Vizepräsidentenstelle beim Kammergericht. Auch hier habe er aus seinem Ministerium eine Persönlichkeit berufen, die allen Anforderungen genüge in der Person des Ministerialdirigenten Weber. Das gleiche gelte für die Besetzung der Landgerichtspräsidentenstelle von Berlin 1 mit Ministerialrat Soellling.

Die von dem Abgeordneten Eichhoff angezogenen Veröffentlichungen des „Dortmunder Generalanzeigers“ und der „Schönen Ztg.“ über angebliche „Klingel“ der katholischen Studentenverbände in der Preussischen Justizverwaltung seien von ihm, dem Minister, absichtlich unbeachtet geblieben. Er habe sie nicht einer Erwiderung für Wert gehalten. Einen derartigen Klingel oder eine sogenannte Klementenpatronage gebe es in seinem Ressort und in seiner Amtsprobe nicht.

Sein Grundsatz sei: Der Beste an die beste Stelle, aber andererseits könne der Minister doch wohl nicht klug sein, in der Entwicklung begriffene Kräfte darunter leiden lassen, daß sie als junge Studenten ihrer Ueberzeugung folgen in katholische Korporationen eingetreten seien.

Seine Referenten seien gehalten, wenn zufällig unter den Bewerbern für irgendeine Stelle ein persönlicher Bekannter oder ein Mitglied der gleichen Korporation auftrete, hier von amtlich Kenntnis zu geben, damit auch der Anschein einer Bevorzugung auf Grund persönlicher Bekanntschaft vermieden werde.

Diese Zurückweisung haltloser Behauptungen, ganz gleich, von welcher Seite sie erhoben werden, war notwendig. Man sieht, daß allem Anschein nach es für manche Kreise noch nicht tragbar erscheint, wenn heute auch katholische Bewerber bei der Besetzung von höheren Stellen, wenn sie die erforderliche Qualifikation aufweisen, berücksichtigt werden. Man würde viel lieber noch den Zustand von früher sehen. Doch jene Zeiten sind hoffentlich für immer vorbei.

Die Königlich Dänische Aeronautische Gesellschaft hat beschlossen, dem deutschen Flieger Freier v. König-Barthausen, der mit einem Sportflugzeug um die Welt geflogen ist, seine höchste Auszeichnung, eine goldene Plakette, zu verleihen.

Das Neueste in Kürze

— Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat am 1. März d. J. die Höhe von 2 365 000 erreicht, während sie im Vorjahre zur gleichen Zeit 2 461 000 betrug. Im vorigen Jahre am 1. März war der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erreicht, so daß man damit rechnet, daß auch in diesem Jahre der Höhepunkt bereits überschritten sein dürfte.

— Der Schweizer Nationalrat hat in der Gesamtabstimmung die Vorlage, die ein einheitliches schweizerisches Strafrecht schafft, mit 99 gegen 5 Stimmen angenommen.

— Die belgische Kammer hat mit 125 gegen 25 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen alle Artikel des Gesetzesentwurfs über die Finanzierung der Universität Gent angenommen.

— Wie aus Tirana gemeldet wird, hat Ministerpräsident Kosta Kotta dem König den Rücktritt des albanischen Kabinetts erklärt. Der Grund liegt in Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der Regierung über den in Vorbereitung befindlichen Haushaltsvoranschlag.

— Der Rat der Volkskommissare in Rußland hat beschlossen, daß mit Ablauf des Jahres 1930 der Gebrauch der alten russischen Maße und Gewichte im ganzen Lande außer Kraft gesetzt werde. Vom 1. Januar 1931 ab darf bei den Verwaltungen, den Werken und Geschäften nur noch das metrische System in Anwendung kommen.

Rheinische Zentrumsparlei

Die für Freitag, den 7. März, in Aussicht genommene Tagung der Rheinischen Zentrumsparlei muß mit Rücksicht auf die parlamentarischen Verhältnisse verschoben werden. Nähere Mitteilungen an die Mitglieder folgen.

Der sechste März

Die ersten Zusammenstöße in der Reichshauptstadt

Mit. Berlin, 6. März. Am Mittwochmittag ist es bereits in der Reichshauptstadt zu einigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und kommunistischen Demonstranten, die als Vorbereitung für den heute angesetzten Weltkampftag Probemonstrationen veranstalteten, gekommen. Es wurde sogar aus der Menge heraus auf die Polizei geschossen. Glücklicherweise wurde von den abgegebenen Schüssen niemand verletzt. Die Polizei nahm eine Reihe von Personen, die ihren Anordnungen Widerstand leisteten, fest. Zu größeren Zusammenrottungen kam es in der Frankfurterstraße. Hierbei wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei ein Beamter durch Fußtritte und Schläge ins Gesicht erheblich verletzt. Ein Angreifer konnte verhaftet werden.

Für den heutigen 6. März ist bei der Polizei in Berlin die höchste Alarmstufe angelegt. Zum Strahndienst werden den Behörden am heutigen Tage 7000 Schutzeleute zur Verfügung stehen; außerdem Reserveemannschaften. Von 2 Uhr an wird auf sämtlichen Straßen der höchste Bereitschaftsgrad angelegt, und Beamte zu Fuß, zu Pferd, zu Rad und auf Lastkraftwagen und Schnellautos werden den Bereitschaftsdienst versehen. Unter besonders scharfer Bewachung steht wieder das Viertel um den Wedding und in Neukölln.

Kommunistische Wühlarbeit zum 6. März

Mit. Berlin, 5. März. Innerhalb der kommunistischen Partei macht sich je näher der 6. März heranrückt, eine außerordentliche Rührigkeit bemerkbar. Offenbar beabsichtigt man am 6. März unter allen Umständen Zusammenstöße zu provozieren. Neue Kampfpapieren wurden ausgeben und nach der Beschlagnehmung der kommunistischen Marschbefehle im Karl-Liebknecht-Haus scheint man neue Befehle an den Rotfrontkämpferbund ausgearbeitet zu haben. Die Kundgebungen am 6. März sollen nach einem einheitlichen Plane durchgeführt werden. In der Reichshauptstadt sollen beispielsweise die Erwerbslosen sich an bestimmten Punkten der Stadt versammeln, um dann in sogenannten Hungermärschen einen einheitlichen Ziel zuzustreben. Von der Berliner Polizei sind alle Maßnahmen getroffen worden. Es ist bereits höchste Alarmbereitschaft angeordnet. Zahlreiche Autos und berittene Streifen werden eingesetzt werden. Die Polizei hofft, daß größere Ausschreitungen unterbleiben werden. Im Berliner Polizeipräsidium sieht man daher dem 6. März mit großer Ruhe entgegen.

Danziger Zollverwaltung *)

cid. Für die durch Schaffung der Freien Stadt auf vielen Gebieten eigenartig und schwierig gestalteten Verhältnisse ist die Danziger Zollverwaltung wohl das deutlichste Beispiel. Artikel 104 des Versailler Vertrages bestimmte die Aufnahme der Freien Stadt in das polnische Zollgebiet. Artikel 16-17 des Pariser Vertrages vom 9. November 1920 und als grundlegender Ausführungsvertrag hierzu das Warschauer Abkommen vom 24. Dezember 1921 gaben der Danziger Zollverwaltung die äußere Form und ihrer Arbeit das Gepräge.

Die Zollverwaltung ist eine Behörde der Freien Stadt, in Organisations- und Personalfragen nur den Weisungen des Senats unterworfen. Der Zolldienst wird von Danziger Beamten wahrgenommen. Dagegen gelten auch auf Danziger Gebiet die polnischen Zollbestimmungen, zu deren Durchführung die Danziger Zollverwaltung durch die oben genannten Verträge verpflichtet ist. Hieraus ergibt sich die eigenartige Stellung der Zollverwaltung, die als Danziger Behörde in sachlicher Beziehung den Weisungen eines anderen Staates unterliegt.

Die Durchführung der polnischen Zollbestimmungen auf Danziger Gebiet bereitete vom ersten Tage der Zollgemeinschaft an große Schwierigkeiten. Der polnische Zollarif, wie auch die zurzeit geltenden Bestimmungen über das Zollverfahren entstammen im wesentlichen der früheren russischen Zollgesetzgebung. Der hochschutznöcherische Tarif entspricht nicht den Bedürfnissen eines in der Hauptsache auf den Handel angewiesenen Staates, zumal er auch wegen seiner unzureichenden Gliederung sich den differenzierten Danziger Wirtschaftsverhältnissen wenig anpaßt. Das Zollverfahren wiederum ist mit außerordentlichen Formalitäten belastet, die dem Handel auf Schritt und Tritt Fesseln anlegen und geringe Versehen mit schweren Nachteilen ahnden. Um bei Einführung der Zollgemeinschaft allzu schwere Nachteile für die Danziger Wirtschaft zu vermeiden, sind Danzig im Warschauer Abkommen weitgehende Rechte durch Weitergeltung der bisherigen Bestimmungen auf einzelnen Gebieten zugesprochen worden, wie zum Beispiel in bezug auf den Freieigenschaft, das Niederlagewesen und den Schiffbauverkehr, Einrichtungen, die in Polen unbekannt waren und erst allmählich auch dort zur Entwicklung kommen. Eine weitgehende Reformierung der polnischen Zollgesetzgebung nach modernen Grundsätzen ist jedoch zurzeit im Gange.

Die Zollverwaltung besteht aus dem Landes-Zollamt als Zentralbehörde und 23 ihm unterstellten Zollämtern für die Abfertigungstätigkeit. Ferner ist je ein besonderes Amt zur Bearbeitung der Straffachen und zur Kontrolle des Veredelungsverkehrs eingerichtet worden. Die Rassen der Zollverwaltung (Zentralkasse und Rassen der einzelnen Ämter) vereinnahmen jährlich hundert Millionen Gulden. Der Zollverwaltung liegt ferner die Bewachung der etwa 340 Kilometer langen Danziger Grenze ob.

Von der Zollverwaltung werden ebenfalls die Verbrauchssteuern und die Verkehrssteuern verwaltet. Die Ausübung des seit 1927 bestehenden Tabakmonopols ist einer Privatgesellschaft (A.-G.) übertragen, deren Aktien zu 51 Prozent in der Hand von Danziger Banken, im übrigen in der Hand von ausländischen Banken sind. Die Rechte des Staates gegenüber der Monopol-Aktiengesellschaft werden durch einen besonderen Staatskommissar des Senats wahrgenommen. Die Zollverwaltung hat lediglich durch Ueberwachung des Tabak-Transithandels, der konzessionierten Tabakhändler und des Grenzverkehrs dafür zu sorgen, daß die Erträge des Tabakmonopols nicht gefährdet werden.

Der Republik Polen ist durch die Verträge in bestimmten Grenzen ein Recht zur Kontrolle der Danziger Zollverwaltung bei der Durchführung der polnischen Zollbestimmungen auf Danziger Gebiet eingeräumt. Zur Ausübung dieses Rechtes sind der Danziger Zollverwaltung eine Anzahl von polnischen Zollinspektoren beigegeben, die den Danziger Zollämtern zugeteilt sind. Die polnischen Zollinspektoren sind den Danziger Beamten weder übergeordnet, noch unterstellt und haben nicht das Recht, Danziger Beamten Anweisungen zu erteilen. Dagegen sind sie u. a. berechtigt, jeder Diensthandlung eines Danziger Zollbeamten beizuwohnen, Einsicht in die Bücher und Papiere zu nehmen, Verzollungen nachzuprüfen und etwaige Beanstandungen, soweit sie von den Danziger Beamten nicht anerkannt werden, an das polnische Finanzministerium in Warschau weiterzugeben, den dann nach Einforderung einer Stellungnahme der Danziger Zollverwaltung das Recht zur endgültigen Entscheidung zusteht.

Die Arbeit der Danziger Zollverwaltung wird von rund 1450 Beamten und Angestellten geleistet. Die jährlichen Verwaltungskosten betragen etwa 8 Millionen Gulden. Diese hohen Kosten sind dadurch bedingt, daß Danzig, ein Staat mit rund 400 000 Einwohnern, gegenüber der Republik Polen mit rund 27 Millionen Einwohnern etwa 30 Prozent des gesamten Zollaufkommens einbringt, mithin fast ein Drittel der gesamten Arbeit der Danzig-polnischen Zollgemeinschaft leistet. Dieser von Beamten der Danziger Zollverwaltung zum großen Teil für Polen mitgelieferten Arbeit entspricht in keiner Weise dem Danziger Anteil am Gesamtaufkommen, der aufgrund

eines im Warschauer Abkommen von 1921 festgelegten, den herrschen Verhältnissen aber nicht mehr entsprechenden Verteilungsschlüssels zurzeit 7,8 Prozent beträgt. Demnach stehen den Gesamtunkosten der Zollverwaltung von etwa 8 Millionen Gulden Einnahmen aus den Zöllen in Höhe von nur etwa 20-21 Millionen Gulden gegenüber.

Der Strafvollzug in Preußen

Mit. Berlin, 5. März. Der Hauptausschuß des preussischen Landtages legte am Mittwoch die Vorberatung des Justizhaushaltes beim Ausschuss „Strafvollzug“ fort. Justizminister Dr. Schmidt leitete die Aussprache mit Ausführungen über den Strafvollzug in Preußen ein. Diese Regelung sehe besondere Anstalten vor für Verstrafte und Nichtverstrafte, für Gefangene unter 25 Jahren für kurzfristige Verstrafte, für geistig schwer abnorme, für Personen mit ausgesprochenen gesellschaftsfeindlicher Einstellung, die sogenannten Berufsverbrecher. Die Regelung verfolge mit dieser gruppenweisen Trennung die Absicht, die Gefangenen, die sich erzieherisch zugänglich zeigen, mit der Aussicht auf besseren Erfolg behandeln zu können als bisher. Hand in Hand damit werde eine eindringliche Persönlichkeitserforschung betrieben, die es allein erlaube, den einzelnen Gefangenen dieser oder jener Gruppe, dieser oder jener Anstalt zuzuweisen. Es sei zu hoffen, daß auch die Gegner bei näherem Studium der Verordnung und ihrer Anwendung für sie gewonnen würden. Der Minister ging dann noch auf andere Einzelheiten ein. Bisher seien 24 größere, veraltete Anstalten geschlossen worden. Für Ende dieses Monats sei die weitere Schließung der Strafanstalten in Torgau und Jüterburg zu erwarten. Besonders Schwierigkeiten mache gerade in der heutigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit allerdings die Arbeitsbeschaffung für entlassene Gefangene. Die Entlassungen seien auch im letzten Jahre prozentual zurückgegangen. Abg. Frau Mehlis (Dn.) begrüßte alle Maßnahmen zur Besserung, Festigung und geistiger Förderung der Gefangenen. Besonders wertvoll sei die religiöse Erbauung und die seelsorgerische Betreuung. Abg. Gehrmann (Soz.) forderte, daß die soziale Fürsorge staatlich ausgebaut werde. Hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung werde ein Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zweckdienlich sein. Abg. Mengel (Dn.) trug eine Reihe von Fällen über die Gefangenenmishandlung vor, die auf das schärfste zu verurteilen sei. Im übrigen sei es notwendig, daß die Gefangenen für geleistete Arbeit auch richtig entlohnt würden.

Abg. Dr. Becker (Dn.) begrüßte die Verordnung über den Strafvollzug u. wünschelte Auskunft, ob die religiöse Versorgung gewährleistet sei. Der Redner wandte sich persönlich vom ärztlich-wissenschaftlichen Standpunkt aus gegen die Todesstrafe. Abg. Meyer-Gorff (Dn.) billigte die Schließung der 300 kleinen Gerichtsgefängnisse. Die Gründe für die Beibehaltung der Todesstrafe seien stichhaltiger als die für ihre Beseitigung. Angesichts der Bedenken gegen die Durchführung des Strafsystems erhebe seine Fraktion die Forderung, daß jetzt endlich ein Aus- und Fortbildungsinstitut für Strafanstaltsbeamte eingerichtet werde. Der Anteil der Gefangenen am Arbeitsverdienst sei von einem Viertel auf ein Drittel zu erhöhen. Ministerialdirektor Gasse wies darauf hin, daß nach Besprechung mit den Anstaltsgeistlichen und den Vertretern der kirchlichen Behörden für die seelsorgerische Betreuung der Gefangenen bei der Neuorganisation des Strafvollzugs und der Anstalten Vorarbeiten getroffen sei. Die von der Justizverwaltung seit langem angestrebte Ausbildungsanstalt für die Beamten des Strafvollzugs entspreche den Anträgen und Anregungen aller Parteien sei gerade mit Rücksicht auf die besonders hohen Anforderungen, die der neue Strafvollzug an die Beamten stelle, außerordentlich zu wünschen. Es sei richtig, daß die Unfallentschädigungen aufgrund des Gesetzes von 1900 nicht mehr zeitgemäß seien. Ein neues Gesetz befinde sich in Vorbereitung. Die Einrichtung eines besonderen Jugendgefängnisses in Spandau, die bisher aus finanziellen Gründen nicht möglich gewesen sei, werde weiter erstrebt. Ministerialrat Polenz betonte, daß auf dem Gebiete der Gefangenenarbeit alles geschehe, um die Belange des freien Gewerbes zu schützen. Abg. Gehrmann (Dn.) begrüßte, daß die Justizverwaltung sich bemühe, den Beschwerden durch eine möglichst weitgehende Verständigung mit den berufsständischen Körperschaften abzuwehren. Damit war die Vorberatung des Haushalts der Justizverwaltung beendet.

Die Finanzentscheidung der Sozialdemokraten verschoben

Mit. Berlin, 5. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwochabend den Bericht des Reichskanzlers über die finanzpolitischen Verhältnisse des Reichskabinetts entgegen. In einer lebhaften Aussprache wurden in Einzelfragen starke Bedenken geäußert. Eine Stellungnahme zum Ganzen behielt sich die Fraktion für den Zeitpunkt vor, an dem ihr die Entwürfe vorliegen werden.

Deutsches Giftgas für China?

Mit. Paris, 5. März. Wie aus Peking gemeldet wird, hat die chinesische Handelskammer an den deutschen Konsul in Schanghai ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihre Besorgnis hinsichtlich der zahlreichen Gerüchte über deutsche Giftgas- und Bombensendungen nach China ausdrückt. Nach jenen Gerüchten solle Deutschland den General Juan-Kai-Sched mit großen Schiffsloadungen von Bomben und Giftgas versehen. In dem Telegramm macht die chinesische Handelskammer darauf aufmerksam, daß derartige Lieferungen dem internationalen Recht widersprechen.

Deutscher erfindet „gekochtes Eis“

Berlin, 5. März. Amerikanische Finanzleute beabsichtigen, die Erfindung des Berliner Chemikers Gurth auszuwerten, die ein Verfahren betrifft, sogen. gekochtes Eis herzustellen, d. h., Wasser in fester Form durch Chemikalien eisähnlich gemacht wird. Nach dem nochprojezierten, wobei dem Wasser Chemikalien zugesetzt werden, kann das Wasser über Breiterböden oder Steinflächen gegossen werden und verhärte sich dann zu einer Schicht, die alle Eigenschaften des Eises aufweist und auch für künstliche Eisbahnen verwendet werden kann.

Die Wasserfluten in Südfrankreich zum Stillstand gekommen?

Paris, 5. März. Nach den aus den verschiedenen Orten Südfrankreichs vorliegenden Meldungen, scheint die Katastrophe gestern ihren Höhepunkt erreicht zu haben. In den Vormittagsstunden des Dienstags hörten die Regengüsse langsam auf. Aus Montauban wird berichtet, daß der Tarn bereits um etwa ein Meter zurückgegangen ist. Salim haben die Wassermassen im Tal der Dorgogne gewütet, das ganz unter Wasser steht. Wie aus Toulouse gemeldet wird, ist der Kanal du Vidu überflutet. Toulouse ist ohne jegliche Verkehrsverbindung. In Nèzères sind mehr als 20 Häuser eingestürzt. Aus Agen wird berichtet, daß auch dort ein Fall der Garantie zu beobachten ist.

Politische Offen Ein Karnevalscherz

rw. Die „Magdeburger Zeitung“ brachte dieser Tage auf der ersten Seite unter der Überschrift „Gerichte um den Berliner Dom“ eine im Zeitdruck hervorgehobene Mitteilung, wonach ihr aus einer „höchstzuverlässigen Stelle“ die Nachricht zugegangen sei, daß ernsthaft Bestrebungen im Gange seien, den Berliner Dom, seit langem eines der markantesten Bauwerke und Kuliskätten protestantischen Glaubens, an die katholische Kirche abzugeben. Ausgerechnet Kommunisten und Sozialdemokraten sollen mit dem Zentrum des Preussischen Landtages bereits Verhandlungen angeknüpft haben, für den Zentrumsantrag zu stimmen, daß der Berliner Dom dem Bischof übergeben werde. Es ist nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum! Wir brauchen nicht im Ernste zu versichern, daß an der ganzen Meldung auch nicht ein Wort wahr ist.

Zuchthaus für nationalsozialistische Mädchenräuber

39. Auf dem im August vorigen Jahres in Nürnberg abgehaltenen nationalsozialistischen Parteitag hat sich vieles ereignet, was das Licht des Tages zu scheinen hat. Aber, wie wir der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ entnehmen, wird alles bisher Gehörte in den Schatten gestellt durch die gerichtliche Austragung eines Falles von Raub und Schändung minderjähriger Mädchen durch norddeutsche Patentkrenzler. In Nürnberg wurde nämlich der Nationalsozialist Miermann aus Schwerin wegen dieser Schandthaten zu einem Jahr und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Er fuhr von Schwerin mit einer Reihe von Parteigenossen auf einem Lastkraftwagen nach Nürnberg. Dort angekommen, fragte er drei minderjährige Mädchen nach dem Wege und lud sie zur Mitfahrt ein. Es waren Insassen eines Mädchenheims. Zwei Mädchen machten denn auch die Fahrt mit, während das Jüngste ausgelassen wurde. Der Burche hatte die Frechheit, die Mädchen noch in rasender Autofahrt an deren elterlichen Wohnungen vorbeizufahren. Abends getranken sich die Mädchen nicht mehr zurück ins Heim. Da erklärte der Räuber, er würde sich am liebsten mit einigen Kameraden in das Mädchenheim begeben und mal mit dem Gummiknüppel dreinschlagen. Dann ging die Fahrt kreuz und quer durch Nürnberg und Umgebung, wobei sich der Unhold wiederholt an den ahnungslosen Mädchen unsittlich vergriff. Bei der Abfahrt nach Schwerin erklärte er den Mädchen, sie sollten mitnehmen und ihren Arbeit und Verdienst zu verschaffen. Die Mädchen wurden nachts unter 30 Nationalsozialisten auf dem Lastwagen verfrachtet. In Kulmbach wurde den Burchen die Sache doch etwas zu gefährlich und der typische Hitler-Gelb setzte die Kinder kurzerhand auf die Straße, gab ihnen zwei Mark und ließ sie sitzen. Endlich nach vierzehn Tagen wurden die armen Geschöpfe

nachts in einem Walde entdeckt und von da aus wieder heimgeführt. Das sind Nationalsozialisten in Reinkultur!

Serichtsaal-Anekdoten

13. Eigentlich ist Weizen für den Menschen sehr notwendig. Aber nur bei bestimmten Naturnotwendigkeiten. Anders wird es, wenn man sich im Korn dazu verhalten läßt, einmal um sich zu beissen. Und dazu noch falsche Zähne benutzt. Dann kommt der Staatsanwalt und — das mußte vor kurzem ein sonst sehr friedliebender Angeklagter am eigenen Leibe erfahren. Er hatte, wie schon öfters, einen über den Durst gehobenen, wurde freisitzig und fing zu raufen an. Sein Verhängnis war nur, daß sein Gegner stärker war als er und er jämmerlich verprügelt wurde. In der „Notwehr“ biß er nun seinen Gegner in den Arm und ins Bein, mit solcher Gewalt, daß dieser gerne von seinem Opfer abließ. Jetzt hatte sich dieser Bißwütige vor Gericht wegen Körperverletzung zu verantworten. Der Staatsanwalt nahm schwere Körperverletzung an „mittels gefährlichen Werkzeuges“. Denn er hat ja nicht mit seinen eigenen Zähnen gebissen, sondern mit einem falschen Gebiß und das bedeutet in den Augen des Gerichts ein gefährliches Werkzeug. Nun kann er sich im Gefängnis die Moral von der Geißel überlegen; nie mehr mit falschen Zähnen zu beissen.

Was nicht freiwillig gegeben wird, holt man sich. So dachten in einem Vergnügungsfestablen die Mitglieder der Tanzkapelle. Sie konnten es nicht mitansehen, wenn die Gäste sich am Weine labten und sie selbst trocken dastanden. Nun machte der Direktor des Unternehmens die Entdeckung, daß jeden Abend in einem bestimmten Regal eine Reihe von Flaschen fehlten, die er dann später in irgendeiner Ecke entfort und entleert wiederfand. Bald war er auch dahintergekommen, daß nur die Musiker die Diebe sein konnten. Er wollte nun ein Exempel statuieren. Eines Abends legte er wieder Flaschen in das Regal, aber nicht mit Wein, sondern mit einer Flüssigkeit gefüllt, die einen gewissen Darnreiz hervorrief. Und schon war das Malheur geschehen. Soviel Pauken hatte die Kapelle noch nie notwendig gehabt wie an diesem Abend. Weitere Folge. Da Abzählen nichts half — der Tatbeweis war ja gelungen — fristlose Entlassung der Musiker. Nun griff das Gericht ein. „Wegen Nahrungsmittelverfälschung“. Unter Umständen für den Direktor eine teure Sache. Daher schloß er lieber einen Vergleich mit den Musikern ab, nachdem diese wieder eingestellt wurden bei Verzicht auf die Entlohnung für die Tage seit der Entlassung. Diese waren froh, wieder untergekommen zu sein und verzichteten ihrerseits auf jede weitere Entschädigung. So kann auch einmal der Wein, selbst wenn es feiner war, eine gute Wirkung auslösen.

Aus der katholischen Welt

Das Testament des Kardinals Merry del Val

Der verstorbene Kardinal Merry del Val hat zum Erben seines gesamten Vermögens die Congregatio de Propaganda fide eingesetzt mit dem ausdrücklichen Wunsche, daß sie die bedürftigen Missionen unterhalte. Von den Legaten, die der verstorbene Kardinal hinterließ, erhielt Papst Pius 11. ein Brustkreuz, das dem Kardinal von Papst Leo 13. verliehen wurde. Was die Beerdigung anbelangt, hat der Kardinal in seinem Testament den Wunsch ausgesprochen, falls es möglich wäre, seinen Leib neben der Gruft des Papstes Pius 10., dessen Staatssekretär er war, beizusetzen. Papst Pius 11. hat verfügt, daß dem Wunsch stattgegeben wird.

Tagung „Religion und Seelenleiden“

des katholischen Akademikerverbandes in Revelaer vom 18. bis 20. März 1930.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Provinzialhochschulen in Koblenz, Münster und Hannover ermächtigt, den katholischen Religionslehrern ihres Amtsbezirks, die an der diesjährigen Tagung des Verbandes in Revelaer teilnehmen wollen, den erforderlichen Urlaub zu bewilligen, soweit nicht im einzelnen Falle besondere dienstliche Bedenken bestehen.

Augustinus-Wallfahrt des

Katholischen Akademikerverbandes

Mitglieder und Freunde des Verbandes seien nochmals auf die Wallfahrt nach Hippo in Nordafrika (6. bis 23. April) aufmerksam gemacht. Die Fahrt, zu der sich schon jetzt 220 Teilnehmer, darunter hervorragende Augustinusforscher, fest angemeldet haben, verspricht etwas ganz Besonderes zu werden. Der Verband wird im Verein mit der Schiffsahrtsgesellschaft und dem Reisebüro, bei dem die technische

cid. (Eigen

einmal mit d
Partei beschä
war nicht et
ausdrückliche
März, den T
teren Ansch
man gemein
nennt. Dies
tionalen Kam
und gegen d
und ihre Aus
Offenbar we
sinnvollerer
beitslosigkeit
großer Mass
ben die Kom
nug für und
jodah man
zu kümmern
ein paar tau
paar hunder
Man könnte
Privatsache
lediglich die
men hätte,
Ordnung de
nicht der ret
nen von de
deutlich aus
bejährt, die
Erwerbslos
einmal ein
in den Str
um Märtyr
verbrecheris
blutige Zuf
fenngeichnet
tif der deut
neue Direkt
richtigte H
spielt, stie
solle diese
Ran wird
ter der dem
nisten in de
Bergweiser
selbst nicht
rieben sind
Weiter der
Moskau. De
losigkeit de
in Deutschl
Politik der
aus einer
rene Sinn
Treiben so
Moskau
ein paar
Blut herum
die Aufgab
rektoriums
mann, eine
die Lage i
worüber d
aller Harm
als sei das
der Welt
fassen; den
oder genau
zugeschmit
nale hat i
jetzigen W
„eine gute

27)

„Sieblin
men zurück
ein neues
Wie sie
Mär von
von der K
terricht d
— glücklic
Wenn
tritt des
seines M
milientrei
In ein
müßte sich
men verli
kommen.
einen Fel
gewählt
ein hübsch
alltägliche
wenn sie
wenn sie
ficher, ihr
tigen Gr
Die M
men. M
nen Neff
ten Lieb
den Herr
war, jog
es, trotz
diele. Tr

Fordern Sie ausdrücklich
MAGGI[®] Fleischbrühwürfel
Achten Sie auf den Namen MAGGI und die rot-gelbe Packung



*) Aus dem jetzt erstmalig erschienenen Danziger Jahrbuch 1930, von F. A. L. Danziger, Danziger Verlagsgesellschaft m. b. H.

Nur De Wries, es ist Ihnen wohl bekannt, daß
Abdittan Abends um seine Entlassung eingekommen
ist, und sich einen kleinen Anstand erlaubte, weil er

Kranken angezogenen
 Lüften freisenden
 Zum zweiten Male
 die ich in der zentra

haben, bis die jetzige allgemeine schlechte
Wirtschaftslage sich günstiger gestaltet.

1

Aluzaiya in Pinar del Rio

1



Weltrevolution gleich nach Aschermittwoch

civ. (Eigener Dienst). Man muß sich wieder einmal mit dem Treiben der kommunistischen Partei beschäftigen. Jetzt also hat diese und zwar nicht etwa nur von sich aus, sondern auf ausdrückliche Weisung von Moskau, den 6. März, den Tag nach Aschermittwoch, zum weiteren Ansetzen dessen ins Auge gefaßt, was man gemeinhin die revolutionäre Flamme nennt. Diesmal soll es sich um einen internationalen Kampftag gegen die Erwerbslosigkeit, und gegen die kapitalistische Nationalisierung, und ihre Auswirkungen — uff! — handeln. Offenbar weiß die kommunistische Partei kein sinnvollerer Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, als das Herausziehen möglichst großer Massen aus den Betrieben. Nun haben die Kommunisten in der letzten Zeit oft genug für und wider alles mögliche demonstriert, jedoch man sich diesmal nicht sonderlich darum zu kümmern brauchte, welches die Parole für ein paar tausend geschickte Kaulbeiden und ein paar hunderttausend fanatischer Mitläufer ist. Man könnte die ganze Angelegenheit als eine Privatsache der Kommunisten betrachten, an der lediglich die Polizei insofern Interesse zu nehmen hätte, daß sie Störungen der öffentlichen Ordnung verhindert. Ja, das wäre so, wenn nicht der revolutionäre Charakter dieser Aktionen von der kommunistischen Presse gar zu deutlich ausposaunt würde. So muß man denn befürchten, daß aus einer Demonstration gegen Erwerbslosigkeit und Nationalisierung wieder einmal ein kommunistischer Versuch wird, Blut in den Straßen der Städte fließen zu lassen, um Märtyrer zu schaffen. Dieses sinnlose und verbrecherische Hineintreiben ihrer Anhänger in blutige Zusammenstöße, ja, in Straßenkämpfe, kennzeichnet ja schon seit geraumer Zeit die Taktik der deutschen Kommunistenführer, und das neue Direktorium der Partei, in dem der berühmte Heinz Neumann die führende Rolle spielt, sieht ganz gewiß nicht danach aus, als solle diese Taktik irgendwie geändert werden. Man wird nicht ganz das Gefühl los, daß hinter der bemerkenswerten Aktivität der Kommunisten in der letzten Zeit eigentlich so etwas wie Verzweiflung stehe. Man ist offenbar mit sich selbst nicht recht zufrieden, und noch weniger zufrieden sind die eigentlichen Drahtzieher, die Leiter der kommunistischen Internationale in Moskau. Daraus mag sich die verworrene Sinnlosigkeit dessen erklären, was die Kommunisten in Deutschland ihre Politik, ganz besonders ihre Politik der Straße, nennen. Aber gerade diese aus einer Verzweiflung oder Ratlosigkeit gehorene Sinnlosigkeit macht das kommunistische Treiben so gefährlich.

Moskau tut das seine, um wenigstens durch ein paar schöne Phrasen immer wieder in der Blut herumzustochern, die in Gang zu halten die Aufgabe des deutschen kommunistischen Direktoriums ist. So ist dieser Tage Herr Thälmann, einer von den Vieren, zum Vortrag über die Lage in Deutschland in Moskau gewesen, worüber die deutsche kommunistische Presse in aller Harmlosigkeit und Ausführlichkeit plaudert, als sei das die selbstverständliche Sache von der Welt. Offenbar hat Thälmanns Vortrag gefallen; denn die kommunistische Internationale, oder genauer gesagt, das Präsidium des Vollzugskomitees der kommunistischen Internationale hat in einer Entschließung festgestellt, die jetzigen Wirtschaftszustände in Deutschland seien „eine gute Grundlage für die Entwicklung einer

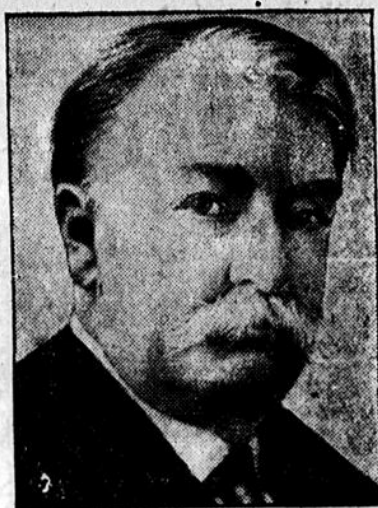
starken revolutionären Bewegung“, woraus sich von selbst der Schluß ergab, „die kommunistische Bewegung in Deutschland mit allen Mitteln zu unterstützen“. Wir wußten von diesen Dingen nichts, wenn nicht, wie gesagt, die Blätter vom Schlage der „Roten Fahne“ alles so ausführlich erzählten. Aber sind wir verpflichtet, diese Gelegenheit für harmlos zu halten, wenn sie nur die „Rote Fahne“ dafür hält? Doch wohl kaum. Wir wollen einmal einen theoretischen Fall konstruieren, um die unmögliche Situation zu beleuchten, in die dieses kommunistische Treiben haben und drüben allmählich hineinführt. Wir wollen in diesem Augenblick einmal annehmen, daß die Große Koalition im Reich noch nie so fest bestanden habe wie heute. Weiter dann, daß die Parteiführer sich zusammenschließen zu einem mit reichen Mitteln ausgestatteten aktiv politischen Verein zur Förderung aller gegenrevolutionären Bestrebungen in Sowjetrußland. Wir wollen weiter annehmen, daß dieser Verein aus Mitteln, die letzten Endes Staatsmittel sind, alle möglichen wehrtechnischen Geräte und Truppen unterstütze. Was würde dann wohl die Sowjetregierung in Moskau zu der abschließenden Erklärung der Herren Müller, Curtius, Wirth und Dietrich-Baben sagen, die Aktion der Herren Wels, Scholz, Raas und Koch-Weser ginge sie, die Reichsregierung nicht das mindeste an? Würde sie wohl dem deutschen Botschafter in Moskau, Herrn von Dirdsen, gestatten, etwa als Doyen des Diplomatischen Korps aufzutreten? Man muß in der Tat einmal diesen sinnlosen Fall auf der deutschen Seite konstruieren, um die ganze Unmöglichkeit der doppelköpfigen russischen Politik zu erkennen. Denn was ist schließlich das Nebeneinander von Sowjetregierung und kommunistischer Internationale in Moskau anders als die Ueberkehrung dieses deutschen Falls ins russische?

Lüder von Thünen.



Heinz Tietjen zum Generalintendanten der preussischen Staatstheater gewählt

Der bisherige Generalintendant der Berliner Opern Heinz Tietjen wurde zum Generalintendanten sämtlicher preussischer Staatstheater ernannt.



Ex-Präsident Taft im Sterben

William Howard Taft, der frühere Präsident und später oberste Richter der Vereinigten Staaten, dessen Verbleiben sich so verschlechterte, daß stündlich mit seinem Ableben gerechnet werden muß.

Der Seemanns Tod des Kapitän Dreher

civ. Wir erhalten folgende Zuschrift aus Montevideo, der wir gerne Raum geben, wenn auch seit dem Untergange der „Monte Cervantes“ nun bereits eine Reihe von Wochen ins Land gegangen sind:

Der freiwillige Tod des Kapitän des untergegangenen „Monte Cervantes“, Theodor Dreher, hat hier in den weitesten Kreisen aufrichtiges Mitgefühl ausgelöst. Wie bei den romanischen und namentlich den spanischen Völkern alle heroischen Taten starken Widerhall finden, so hat auch diese hier den größten Eindruck gemacht. Wenn auch, besonders in den fortgeschrittenen Kreisen, diskutiert wurde, ob der alte Seemannsbrauch der Kapitane, sich nicht von ihrem untergehenden Schiffe zu trennen, dem auch die Führer der „Princesa de Asturias“ und der „Vestris“ gefolgt sind, nicht überlebt sei, so fand doch die Tat des Kapitän Dreher hohe Bewunderung und wurde um so höher bewertet, als ihm an dem Untergang seines Schiffes anscheinend keinerlei Schuld traf und er im Gegenteil durch seine Umsicht und Pflichttreue die Rettung sämtlicher Mannschaften und Passagiere sowie des größten Teiles ihres Gepäcks bewerkstelligt hat.

Der Stadtrat von Montevideo hat einstimmig beschlossen, zu Ehren des Kapitän Dreher einer Straße der Hauptstadt seinen Namen zu geben. Der Antragsteller, der sonst keineswegs sonderlich deutschfreundliche Stadtrat Battle Pacheco, brachte hierbei seine tiefe Bewegung über das schmerzliche Heldentum des deutschen Seemanns zum Ausdruck. Er erklärte, „daß Deutschland mit vollem Recht stolz sein könne, daß aber auch über Deutschlands Grenzen hinaus die ganze Menschheit zu Gleichem berechtigt sei. Kapitän Dreher's Handlung spreche in ihrer edlen Größe ein bereites Wort. Trotz der da und dort laut gewordenen zweifelnden Stimmen gehörten die Tage der großen Taten noch nicht der Vergangenheit an, sondern erneuerten sich von Zeit zu Zeit immer wieder durch Handlungen von so hoher Moral, wie der des heldenhaften Kommandanten der „Monte Cervantes“. Die Stadt Montevideo müsse die Größe dieser Tat würdigen, die ein nachahmenswürdiges Beispiel für treue Pflichterfüllung sei, und müsse

sich ehrfurchtsvoll vor diesem uneigennütigen Seemann verneigen.“

Der Nationale Verwaltungsrat faßte, ebenfalls einstimmig, den Beschluß, dem deutschen Gesandten „seine tiefe Sympathie und Trauer wegen des heroischen Opfers des Kapitän Dreher auszusprechen, das seinem unbeugbaren Pflichtgefühl entsprach, indem er seine Persönlichkeit durch eine romantische und in hohem Maße ehrenvolle Geste hervorhob, die dem Volke Ehre macht, das Menschen dieses Schlages hervorbringt.“

Eine neu gegründete „Liga Extranjera del Uruguay“, die unter der Regide des Christlichen Vereins junger Männer steht, beschloß, in einer feierlichen Versammlung das Bild des Kapitän Dreher in ihrem Lokal anzubringen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der den Touristenfahrten nach dem Feuerland naturgemäß nicht förderliche Eindruck, den der Untergang der „Monte Cervantes“ hier verursacht hat, durch die heldenhafte Tat des Kapitän Dreher mehr als ausgeglichen worden ist.

Der kaufmännische Stellenmarkt verschlechtert!

Betriebsstillegungen und Rationalisierungsmaßnahmen. — Nur jüngere Kräfte werden eingestellt.

Die Lage des kaufmännischen Stellenmarktes hat sich durch den erhöhten Zugang stellenloser Angestellter im Februar verschlechtert. Das Stellenangebot stand nicht im entferntesten im Verhältnis zu den Stellenjuchenden. Da sich unter den Stellenlosen bestqualifizierte Angestellte befinden, kommt es immer nur zu dringlichen Einstellungen, wovon aber im wesentlichen nur jüngere Angestellte betroffen werden. Nach dem Februarbericht der Reichsstellenvermittlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GWA) bestand Nachfrage nach jungen Verkäufern und Dekorateurinnen aus der Manufaktur-, Drogen- und Kolonialwarenbranche zum Teil in Leipzig. In Mannheim mangelte es an jüngeren fremdsprachigen Korrespondenten; gute Vermittlungsmöglichkeiten waren in Stettin für jüngere Dekorateurinnen aus der Manufakturwarenbranche und in Breslau für junge Eilenghändler vorhanden. Jüngere Expediteure und



Amerikanischer Hochschulprofessor hingerichtet

Prof. James Snoot

von der tierärztlichen Abteilung der Universität Ohio, der seine Geliebte, die Studentin Theora Dix, im Rauch ermordet hatte, wurde trotz vieler Gnadengesuche hingerichtet.

Manuela

Roman von Gustav Reisch.

27) Nachdruck verboten.

„Liebling“, sagte Manuela, als sie zu Carmen zurückkehrte, „in sechs Monaten hast du ein neues Piano!“

Wie sie glücklich war, die Kleine, als sie die Mär von dem seltsamen Schüler vernahm und von der horrenden Bezahlung, welche der Unterricht des selben der Mutter gewähren sollte, — glücklich wie ein kleines Kind!

Wenn sie gehn hätte, daß mit dem Eintritt des lebenswichtigen alten Barons und seines Musterknaben von Neffen in ihren Familienkreis der Feind in der Festung war!

In einem Menschen wie Hugo von Sternau mußte sich ein junges Ding, wie die kleine Carmen verlieben, hatte Diemann-Bassowitz angenommen. Er ahnte nicht, daß seine Rechnung einen Fehler haben sollte — daß Carmen schon gewählt hatte: Zwei Monate war es her, seit ein hübscher junger Mann das junge Mädchen alltäglich traf. Wenn sie mittags heimkehrte, wenn sie nachmittags das Pensionat verließ, wenn sie Besorgungen machte, — stets war sie sicher, ihn zu sehen und errösend seinen ehrerbietigen Gruß zu empfangen.

Die Lektionen hatten ihren Anfang genommen. Abends begleitete der alte Baron seinen Neffen und zeigte sich stets von der größten Liebenswürdigkeit, — gegen Carmen, die den Herren von der Mutter vorgestellt worden war, sogar väterlich-freundlich. Und dabei blieb es, trotz des ärgerlichen Drängens Hugo's, der diese Art von Annäherung zu langam fand.

Es war an einem Sonntagmorgen, als Carmen sich wie gewöhnlich aufmachte, der alten Frau Professor Constanis in der Klostergasse einen Besuch abzustatten. Sie pflegte sich zu diesem Zweck stets der Pferdebahn zu bedienen. So auch heute. Das Wetter war wundervoll, der Verkehr daher ungewöhnlich stark. Mit Mühe und Not gelang es Carmen, einen der Wagen zu erklimmen.

Noch war es ihr nicht möglich, eine feste Stellung einzunehmen, als die Pferde anzogen. Sie verlor das Gleichgewicht und stürzte rücklings auf das Straßenpflaster.

In diesem Augenblick rollte in raschem Trab ein Wagen daher. Vergebens der Schreckensschrei mehrerer Vorübergehender, die das Unglück kommen sahen, — der Kutscher war nicht mehr imstande, die Tiere zurückzuhalten, das Gefährt rollte über den wie leblos daliegenden Körper der Unglücklichen hinweg.

In demselben Moment fast eilte ein junger Mann herbei, stieß die zu Hilfe Eilenden beiseite und brachte die Ueberfahrene in Sicherheit. Als der junge Mann sich eben anschickte, seine Last mit Hilfe einer gutmütigen Arbeiterin fortzuschaffen, öffnete Carmen die Augen. Ein Strahl des Lichtens zuckte daraus hervor, begleitet von einem schwachen Lächeln.

„Fräulein, empfinden Sie große Schmerzen?“ „Nein, nein!“ flüsterte sie, mit einem Versuch, sich zu erheben. „Es ist nichts.“ Mit Aufgebot aller Willenskräfte gelang es ihr, einige Schritte zu tun. Doch alsbald taumelte sie und wäre zu Boden gesunken, wenn er sie nicht von neuem gestützt hätte.

„Ich kann nicht! Mein Kopf, — o, mein Kopf!“ entsetzte es ihr und Tränen stürzten aus ihren Augen.

„Ich bringe Sie nach Hause, Fräulein, — ich

weiß, wo Sie wohnen!“ rief der junge Mann erregt.

„Schnell — einen Wagen!“ wandte er sich an die Umstehenden.

Da war schon einer. Mit unendlicher Vorsicht hob er das lebliche Mädchen hinein und nannte dem Kutscher die Adresse. Dann rollte das Gefährt eilig davon.

Im Wagen erholte sich Carmen schnell.

„Wie ist Ihnen, Fräulein?“ erkundigte sich der junge Mann zärtlich besorgt.

„Ich bin an allen Gliedern wie zerschlagen!“ klagte sie. „Und der Schreck — dieser Schreck!“

„Das glaube ich! Weiß ich doch, wie ich erschrocken war, als ich Sie erkannte!“ versetzte ihr Begleiter. „Es war die Vorsehung, welche mich gerade zur rechten Zeit herbeiführte, so daß ich Sie heimbringen darf zu Ihrer Mutter! Wie ich Sie segne, diese Vorsehung!“ Schon hielt der Wagen.

Langsam gelangte sie die Treppe hinauf, bis sie, vor der Wohnung der Mutter angelangt, mit dem Finger auf die Korridortür deutete. „Dort wohnen wir!“

Er klingelte. Als bald erschien Auguste, um zu öffnen und dann, ihr Fräulein bleich, blutend, halb ohnmächtig an der Seite des Fremden erblickend, auszurufen:

„Ach, Gott, unser Fräulein ist krank! Frau de Ribas! Frau de Ribas!“

Ein Schrei und eine entsetzte Frau stürzte herbei. „Kind, Liebling, — was ist geschehen, was fehlt dir?“

Schon hatte Manuela die Schluchzende an sich gezogen und ihr Gesicht mit Küffen bedeckt. Kaum daß sie auf die erklärenden Worte des jungen Mannes hörte, daß sie seine Worte verstand, als er angestrichelt bat: „Gefallen anadiese

Frau, daß ich mich morgen persönlich nach dem Befinden des Fräuleins erkundige?“

Erst als er hinzugab: „Verzeihung, ich vergaß, mich vorzustellen! Mein Name ist Alexander von Versen!“ da fuhr sie auf und sah ihn wie versteinert an.

„Versen!“ murmelte sie düster, ohne seine Abschiedsverbeugung zu erwidern, ohne ein Wort des Dankes zu flammeln.

Im Zimmer hatte sie die Verunglückte schnell auf ein Sofa gebettet und mit ihrer Sorgfalt umgeben.

„Liebling, hast du Schmerzen? Du hast dir gewiß sehr wehe getan?“

„Nein, Mamachen, es ist garnicht so schlimm; nur der Schreck!“

„Du bist doch aber von dem Wagen herabgestürzt!“

„Das war nicht so schlimm, — ich fiel sehr glücklich, — meine Haare verhinderten es, daß mein Kopf so schwer aufschlug, — nur, als ich mich unter den Pferdebahnen sah, — als der Wagen über mich hinwegrollte, — da — da verlor ich das Bewußtsein!“

„Unglückliches Kind! Und dann hoben Sie dich auf und brachten dich zum Leben zurück?“

„Ja, — der Herr, Mamachen, nahm sich meiner an! Er half mir in den Wagen und brachte mich heim!“

„Wirst du denn imstande, ihm deine Adresse zu geben?“

„Die wußte er schon, Mamachen!“

„Kennt er uns denn?“

Tiefe Blut bedeckte plötzlich die Wangen des lieblichen Kindes. „Es — scheint — so!“

„Und du, Liebling, — kennst du ihn auch?“ Sie barg ihr Köpfchen an der Mutter Brust und flüsterte verächtlich: „Ich habe ihn öfters gesehen, wenn wir aus dem Pensionat kamen!“

Verkehrungsfachleute wurden in Hamburg ge-
sucht. — Der Zugang Stellenloser ist durch weite-
re Betriebsstillegungen, Betriebszusammen-
schlüsse und Rationalisierungsmaßnahmen be-
dingt.

Die Jagd im März

Der milde Winter hat auch im Februar
angehalten. Die Temperaturen um Null her-
um, welche periodenweise Nachfröste brachten,
sind kaum unseren Wilden Schaden gebracht
haben, um so weniger, als Schneefälle nur
in einigen Höhenlagen in nennenswerter Weise
auftraten. Selbstredend muß in solchen Ge-
genden, wo Schnee liegt, dem Umfange Nach-
sicht getrieben werden durch etwas reichere
Befütterung der Fütterungen. Die anhaltende
milde Witterung brachte eine Verschiebung
der Verhältnisse im Leben des Kleinwildes,
namentlich in dem des Flegelwildes. Schon
frühzeitig konnte man — wie die bekannte
Illustrierte Jagdwochenschrift „St. Hubertus —
Der Jäger“, Köthen in Anhalt, mittelt —
Anzeichen der Paarungslust sehen, und allem
Anschein nach ist auch wohl damit zu rechnen,
daß ein etwas früherer Vogelzug einsetzt als
in normalen Jahren. So ist auch damit zu
rechnen, daß der Schneezug nicht mehr lange
auf sich warten lassen wird, und die Schneep-
fennungen für dieses Jahr kaum Günstigkeit
haben werden, um so mehr aber nicht, als
heuer das Osterfest sehr spät fällt.

Der Jäger tut gut, sich bei Zeiten auf die
veränderten Verhältnisse einzustellen. Er suche
die Stätten auf, die ihm als Durchzugsstellen
der Schneepfennungen bekannt sind. Besonders nach
einem warmen Regen pilgere er nach Sonnen-
untergang hinaus in den Forst. Der gute
Hund ist dabei nicht zu vergessen.

Das Edelwild zieht jetzt zu sonnenbeschie-
nenen Quellen und Bächen, um das sprie-
hende Grün am Wasserrande zu fressen. Auch
kräftig entwickelte Saaten nimmt es mit Vor-
liebe. In höheren Gebirgslagen, wo sich das
Wild mit Heidekraut- und Knapenbüscheln be-
helfen muß, ist es noch zu füttern, um es
wegen der Engerlingsplage nicht herunterkom-
men zu lassen. Vorhandene Salzlecken sind auf-
zufrischen und neue anzulegen, um wander-
ungslustige Hirsche an das Revier zu fesseln.
Starke Hirsche stehen noch zusammen in dichten
Nidungen und Stangenorten. Sie schämen
sich, wie alte Jäger wohl scherzend behaupten,
daß sie ihres Stangenjammes beraubt sind.
Beringe Hirsche werfen noch ab und stehen
meist bei größeren, gemästeten Kühen.

Starke Damhauer werfen ab. Im übrigen
gibt vom Damwild das gleiche wie für das
Rotwild.

Das Schwarzwild frisst in diesem Monat
schon viel. Es ist übrigens recht mager
und abgemagert, weshalb jeder Abschuss am
besten unterbleibt.

Die Rehe leiden mehr als anderes Wild
unter der Engerlingsplage, und muß deshalb
immer noch etwas für Fütterung gesorgt wer-
den. Salzlecken sind aufzufrischen und neu
anzulegen. Starke Böde fangen an zu fegen.

Beim Kuergeflügel treten die Hühner nor-
malerweise Ende März in die Balz, doch ist
es nicht ausgeschlossen, daß die milde Witter-
ung auch hier eine frühere Balzzeit erweckt.
Der Auerhahn hat seinen Balzplatz erkoren.
Man kann ihn zeitig des Abends vernehmen,
doch vergräme man ihn nicht, damit er nicht
wenn's so weit ist, ganz wo anders singt.

Für die Vierzehnbälz sind die Schirme bald-
möglichst herzustellen.

Auch der Fasan läßt seinen mitschneidenden
Balzlaut hören und wo nötig, kann noch ent-
bahrt werden.

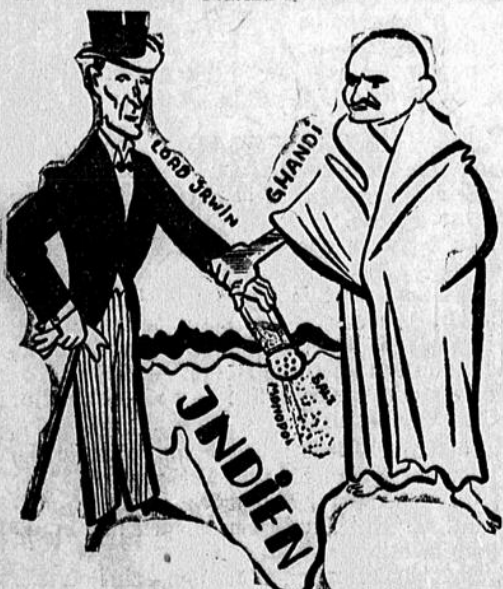
Rebhühner sind gepaart und finden noch
Kämpfe überflüssiger Hühne um den Besitz
von Hennen statt. Kleine Feldvögel beginnen
die Paarung und fördern zeitige Gelegen-
heiten auch da, wo schwache Feldbedeckung vorhanden
ist. Diese Reifungsgelegenheiten dem Aus-
mähnen, geben Schutz vor dem Raubzeug und
sichern somit gewöhnlich eine gute Jagd.

Der Fuchs fest das Rammelgeschäft fort. Viel-
fach sind schon Fuchsenjagde zu bemerken. Diese
gegen Raubzeug aller Art zu schützen sollte
das Bestreben jeden Jägers sein.

Der Fuchs bringt Junge. In der zweiten
Hälfte des Monats können oft ganze Geheide
ausgegraben werden.

Die Enten haben sich gepaart und beginnen
zu legen.

Die Krähenhütte bietet jetzt viele Gelegen-
heiten zum Abschuss von Raubvögeln aller Art.
Für Rebhühner der Jagd auf Wildtauben ist
es Zeit, in Aktion zu treten, denn die Tauben
folgen schon dem lockenden Ruf und besuchen
auch die Salzlecken gern.



Shandis Ultimatum an England

Shandi, der Führer der indischen Nationali-
sten, hat an Lord Irwin, den Vizekönig von
Indien, ein Ultimatum überreicht, in dem er
den Beginn des „Zivilen Ungehorsamkeits-
kampfes“ ankündigt, falls England nicht die
geforderte Aufhebung des Salzmonopols, eine
der Haupterwerbsquellen der Regierung, ver-
weigert.



Zur französischen Kabinettsbildung:

Die prominentesten Köpfe des neugebildeten Kabinetts Tardieu.

Nachrichten aus Westdeutschland

Zur Verhaftung von Kommunisten in Köln.

Köln, 4. März. In auswärtigen Blättern
wird in sensationell aufgearbeiteter Weise die
Mitteilung verbreitet, daß am Sonntagnach-
mittag sechzehn Kommunisten verhaftet wor-
den, die angeblich mit den beschuldigten
Rufschreibern in Verbindung stehen sollen.
Die Wirbelschleife. Büro von auswärtiger
Seite erfährt, wurden allerdings 16 Mit-
glieder von Sportvereinen verhaftet, die an-
geblich dem Rotfrontkämpferbund angehören
sollten. Da sich diese Annahme als irrig er-
wies, wurden die Verhafteten wieder in Frei-
heit gesetzt.

Der Ueberfall auf zwei Krankenpflegerinnen in Rhmgen.

Köln, 4. März. Zu dem in Rhmgen ver-
übten Ueberfall auf zwei Krankenpflegerin-
nen im Alter von 20 bis 30 Jahren, bei
dem eine der Ueberfallenen durch einen jungen
Mann getötet und die andere durch Messer-
stiche schwer verletzt wurde, wird noch gemel-
det, daß es der Kriminalpolizei gelungen ist,
den Täter in der Person des 34 Jahre alten
Handlungsreisenden Jean Hoel aus der Ge-
gend bei Arnheim zu verhaften, der bereits
vor sechs Jahren ein schweres Sittlichkeits-
verbrechen begangen hatte. In seinen Klei-
dern wurden Blutspuren gefunden. Bei der
Gegenüberstellung mit der verletzten Kranken-
pflegerin erkannte diese ihn sofort wieder und
erklärte bestimmt: Das ist der Mordbube. Vor
Entsetzen und in Erinnerung an die furchtbare
Tat, deren Zeugin sie gewesen, sank sie als-
bald bewußtlos zu Boden. Der Täter leugnet,
konnte aber bisher sein Alibi nicht nachwei-
sen.

Ständiger Rückgang des Rheinwasserstandes.

Köln, 4. März. Der Wasserstand des
Rheines ist in voriger Woche weiter zurück-
gegangen. Es ist damit fast wieder der gleiche
außergewöhnliche niedrige Stand erreicht, der
in den Herbstmonaten des Vorjahres die
Rheinschiffahrt anhaltend so ungünstig beein-
flusste. Die Einschränkungen in der Schiff-
fahrt sind bereits so groß, daß manche Fracht-
fähnen ihren Laderaum bis zur Hälfte unben-
utzt lassen müssen, um die Baggertreue be-
wahren zu können.

Die Polizeistunde.

Essen, 4. März. Gegen den Beschluß des
volkswirtschaftlichen Ausschusses auf eine
reichsgesetzliche Regelung der Frage der Poli-
zeistunde wird, so schreibt die Rheinische Kor-
respondenz, von allen Seiten mit mannigfa-
chen, insbesondere mit geschäftlichen Gründen
Sturm gelaufen. Man erinnert sich demgegen-
über, daß der „Bund der Hotels, Restaurant-
und Cafearbeiter“ schon im Oktober 1927
vorgeschlagen hat, die Polizeistunde in Orten
über 100 000 Einwohner auf 12 Uhr festzu-
setzen. Ebenso ist auch der Deutsche Gastwirt-
schaftsverband für eine einheitliche Regelung der
Polizeistunde eingetreten. Die Forderung der
reichsgesetzlichen Festsetzung auf 1 Uhr haben
neuerdings die Frauenverbände der verschie-
densten Konfessionen und die Frauenberufs-
verbände dem Reichstag in einer Denkschrift
vorgebracht. Maßgebend für die Reformvorschläge
ist vor allem die soziale Rücksicht auf die
im Gastwirtschaftsgewerbe angestellten und tä-
tigen männlichen und weiblichen Personen, aber
auch sittliche und volksgesundheitliche Erwä-
gungen. Was in anderen Ländern, z. B. in
England, selbst in der Weltstadt London, mög-
lich ist, ohne daß der Fremdenverkehr darum
zusammenbricht, und die geschäftlichen Grund-
lagen des Gastwirtschafts vernichtet werden,
sollten doch — ohne schematische Nachahmung
auch unter unseren Verhältnissen möglich sein.
Nur einem kleinen Teil von Interessenten ist
an der Erhaltung des gegenwärtigen Zu-
standes gelegen. Seine Geschäftsinteressen soll-
ten aber nicht ausschlaggebend für die Ent-
scheidung einer für Volksmoral und Volks-
gesundheit überaus wichtigen Frage sein.

Familientragödien.

Wuppertal, 4. März. Eine Tragödie, deren
Ursachen einige Zeit zurückliegen, fand
gestern ihren traurigen Abschluß. In der Bach-
straße in Elberfeld fand man in ihrer Woh-
nung eine 34jährige Witwe durch Was ver-
giftet tot auf. Sie hatte vor einiger Zeit
ihren Mann verloren und mußte befürchten,
daß ein von ihrer Stieftochter angestrebter
Prozeß verloren gehen würde. Sie zog es vor,
wie sie in einem hinterlassenen Briefe mit-
teilt, ihrem Mann in den Tod zu folgen.

Naturschutzgebiet des Niederwaldes.

Niedersheim, 4. März. Durch Erlass des
zuständigen Ministers wurden die Umgebung
des Niederwald-Denkmal und der Niederwald
zum Naturschutzgebiet erklärt. Das geschützte
Gebiet umfaßt einen ziemlich großen Raum
und darf in Zukunft nicht mehr durch Bauten
und Ausschürfen, Kellerauflagen und ähn-
liche Dinge die das Landschaftsbild verun-
stalten, verhandelt werden. Damit ist einer
sehr seit Jahren vertretenen Forderung al-
ler Besucher des Niederwaldes Rechnung ge-
tragen.

Ein energisches „Nein“ auf dem Standesamt

Paris, 4. März. Ein wenig alltäglicher
Vorfall hat sich auf dem Bürgermeisterei-
zu Rochefort ereignet. Im Augenblicke, als
der Standesbeamte die Ziviltrauung der Toch-
ter eines Arztes aus dem Orte mit einem
Militärarzt vornehmen wollte, erwiderte die
Braut auf die Frage, ob sie die Ehe mit
dem jungen Mann eingehen wolle, mit einem
energischen „Nein“. Die Folge war natürlich
ein ungeheurer Skandal. Zur Begründung
ihres seitdem Verhalten gab die „Braut“
an, daß sie ihren Bräutigam, der ihr seit
drei Jahren die Ehe versprochen und zwei
Mal dies Gelübnis gebrochen hätte, habe tra-
fen wollen.



Ex-Schah Ahmed Mirza gestorben

Ex-Schah Ahmed Mirza,
der 1925 von Riza Khan entthront wurde, da
er sich weigerte, von seinen Pariser Bergnüt-
zungen in sein Land zurückzukehren, ist nach
langer schwerer Krankheit im Alter von nur
32 Jahren in Neuilly bei Paris gestorben.

Die Dummen werden nicht alle!

Hg. Je unaufgeklärter das Volk, desto leicht-
er haben es die Zigeuner, diese geborenen
Schelme und Betrüger, Dumme auf ihren
Leim zu locken. In Jugoslawien spielten die
Zigeuner auf dem flachen Lande noch eine
große Rolle und immer wieder finden sich
Leute, die auf ihre Tricks hereinfallen. Auf
originelle Weise wurde unlängst ein reicher
Bauer in der Banatwina von einer gerie-
benen Zigeunerin betrogen. Beim Bauern Mi-
lo Dulle in Buchdol erschien eines Tages die
Zigeunerin Mariška Kolombar und vertraute
ihm unter dem Siegel tiefster Verschwiegen-
heit an, sie habe einen Sad Geldes mit zwei
Millionen Dinar gefunden und wolle ihm
diesen um 100 000 Dinar verkaufen. Dem
Bauern gingen die Augen über, als er von
so viel Geld hörte. Er kam am nächsten Tage
mit baren 50 000 Dinar in der Tasche in
ein ihm von der Zigeunerin bezeichnetes Haus
eines Nachbardorfes. Dort zeigte ihm die Zi-
geunerin einen Sad, in den sie den Bauern
einen Bild tun ließ. Tatsächlich lagen drei
Hundertdinarnoten obenauf und der Sad war
prall gefüllt! Ohne Zögern zahlte der Bauer
der Zigeunerin die mitgebrachten 50 000 Di-
nar auf den Tisch. In diesem Augenblicke
sprang die Tür auf und drei Männer bra-
chen ins Zimmer. Im Halbdunkel hielt der
erschrockene Bauer die Hände, die die Spieg-
gellen der Zigeunerin drohend schwebten,
für Gewehre und stürzte Hals über Kopf aus
dem Hause. Er erstattete bei der Gendarmerie

die Anzeige, und bald gelang es dieser, die
vier Zigeuner festzunehmen. Bei der Unter-
suchung des Sades stellte es sich heraus, daß
dieser bis zum Rande mit Papier vollgestopft
war. Obenauf hatten die Zigeuner drei Hun-
dertdinarnoten gelegt.

Ueber 5000 Kinos

Das deutsche Lichtspielwesen hat sich nach
den neuesten vom Statistischen Reichsamt so-
eben veröffentlichten Angaben auch in den
letzten Jahren kräftig weiter entwickelt. Im
Jahre 1925 betrug die Zahl der Lichtspiel-
theater in Deutschland 3618 mit 1 275 168
Sitzplätzen, im Jahre 1928 waren es 5267 mit
1 876 601 Sitzplätzen. Seit 1925 hat also die
Zahl der Lichtspieltheater um mehr als zwei
Fünftel zugenommen. Im Jahre 1925 kamen
auf je 1000 Einwohner 20, im Jahre 1928
bereits 30 Sitzplätze. Die größten Fortschritte
hat die Entwicklung des Lichtspielwesens in
Mittel- und Süddeutschland gemacht, während
Ost- und Norddeutschland erheblich zurückste-
hen. Westdeutschland, das in der Zunahme
an Sitzplätzen in Mittel- und Süddeutsch-
land kaum zurücksteht, nahm 1925 in der Zahl
der Lichtspieltheater mit mehr als 1000 Sit-
zplätzen die vierte Stelle ein. Es wurde im
Jahre 1928 nur noch von Ostdeutschland über-
troffen, wo Berlin den Ausschlag gibt. Berlin
vereint heute mehr als ein Drittel aller
Lichtspieltheater des ostdeutschen Bereichs
auf sich.

Mit der wachsenden Verbreitung der Licht-
spieltheater hat auch die Zahl der gespielten
Filme beträchtlich zugenommen: sie ist von
1926 bis 1928 um mehr als zwei Fünftel
gestiegen. Hierbei handelt es sich um größ-
ten Teil um Filme deutscher Herkunft. Seit
dem Jahre 1926 hat der deutsche Film seine
Stellung auf dem Inlandsmarkt verstärkt. Im
Jahre 1928 waren rund zwei Drittel, im
Jahre 1928 drei Viertel der gespielten Filme
deutschen Ursprungs. Von den in Deutsch-
land gespielten Filmen entfällt der größte
Teil (72,5 v. H.) auf die Lehr-, Werbe- und
Kulturfilme, die seit 1926 immer mehr in
den Vordergrund getreten sind. Auch die Zahl
der Spielfilme ist in den letzten Jahren er-
heblich gewachsen. Unter den ausländischen
Filmlieferanten stehen die Vereinigten Sta-
ten von Amerika an erster Stelle, es folgen
Frankreich, Desterreich, England, die Tsch-
choslowakei und Rußland.

Mammut-Überreste.

Nach der vor einigen Jahren erfolgten Auf-
sindung eines gut erhaltenen Mammutknochen
in Allschwillo sind in den letzten Tagen bei
Erdbarbeiten für eine neue Eisenbahnbrücke
bei St. Jakob (Wafel) vier große Mam-
mutknochen von je 1,80 Meter Länge zu-
tage gefördert worden. In einem Kieslager
sind außer dem einige Holzbohlen, von
denen ein jeder einen Umfang von 30 Zenti-
meter aufzuweisen hat. Da man annimmt,
auf weitere Mammut-Überreste zu stoßen, wer-
den die Erdbarbeiten mit größter Sorgfalt
und sachkundiger Leitung ausgeführt.

200 Jahre Rudakuh.

Nach der Aufzeichnung einer alten Schwarz-
wälder Chronik hat der Uhrenmacher Franz
Anton Reiterer in Schönwald im Jahre 1730
die erste Rudakuh hergestellt, eine für die
damalige Zeit großartige Erfindung. Von dem
kleinen Schwarzwaldort Schönwald hat die
Rudakuh dann ihren Siegeszug durch die
ganze Welt angetreten.

Bücherschau

Kleinere, aktuelle Schriften für das katholische
Volk. Kanisiuswerk Freiburg, Schweiz-Kon-
stanz, Baden.

Exergien-Rundschreiben Nr. XI. 32
Seiten. 15 Pf. — Die Kanisiusbrüder gibt
das Weihnachts-Rundschreiben des Hl. Vaters
über die geistlichen Übungen in einem schmu-
cken Broschüren zu billiger Preise heraus.
Wäge jedermann diese frohe Weihnachtsbot-
schaft des Papstes lesen und beherzigen.

Aus Hl. Quellen Nr. 3: Gebet zu Joseph!
40 Seiten. 40 Pf. Aus den Werken des Hl.
Franz von Sales schöpft hier Pfr. M. Gals
herrliche Gedanken und Ermahnungen für den
Josephsmonat. Eine erbauende und herzer-
hebende Lektüre für jeden Verehrer des Mär-
taters Jesu.

Kleine Lebensbilder Nr. 1: Der Hl. Peter
Kanisius. 72 S. 20 Pf. Weil Kanisius noch
immer zu wenig bekannt ist, hat Viktor Schwal-
ler, Direktor der Kanisiuswerke ein anmutiges,
lebenswarmes Bild vom reichen Schöpfen des
großen deutschen Kirchenlehrers geschrieben.
Die vorliegende 4. Auflage (22.-24.000) elli-
ni die Bande hinaus, um den Wohltäter der
deutschen Nation in jedem Haus bekannt zu
machen und seine Verehrung zu fördern.

Kleine Wegweiser Nr. 5-6: Ein Paradies
auf Erden. 64 S., 40 Pf. Diese kleinen apo-
logischen Schriften erfreuen sich großer Be-
liebtheit und regen Zuspruch. Das vorliegende
Doppelbändchen von V. Scheitler behandelt in
9 kräftig und interessant geschriebenen Ka-
piteln das christliche Familienleben als Para-
diesgarten auf Erden. Ein gefundenes, erquik-
tendes Büchlein für jung und alt.

Westdeutscher Rundfunk

Freitag, 7. März 1930.

6.45—7.00 Leibesübungen. — 7.00—8.00
Morgenkonzert. — 10.15—11.25 Schallplatten-
konzert. — 11.30—12.00 Schulfunk. — 12.10
Medanische Musik. — 13.05—14.30 Mittags-
konzert. — 14.30 Nachschlage fürs Haus. —
15.00—15.30 Rindespielfunde. — 15.40
Wirtschaftsberichte. — 16.00—16.40 Was will
ich werden? — 16.45—17.30 Jugendfunk. —
17.30—18.30 Welterkonzert. — 18.30—18.50
Neues vom Funknetz. — 18.50 Vom Tage. —
19.15—19.40 Englische Unterhaltung. —
19.40—20.00 Das neue Weltbild. — 20.00
Abendmusik. — 21.00 Eine Frau ohne Be-
deutung. — Unschl. Letzte Meldungen, Bericht
über das geistige Leben, Sportbericht. — Un-
schl. bis 24.00 Konzertübertragung aus dem
Sankt-Raffes, Düsseldorf.

